



MV  
am 12.11.2018

# SPD Duisburg

<b>ANTRAG</b>	<b>A 2</b>
<b>ANTRAGSTELLER</b>	AsF
<b>ADRESSAT</b>	SPD Bundestagsfraktion
<b>BETREFF</b>	Änderung des § 219 a „Werbung für den Abbruch von Schwangerschaft“

1 Der Unterbezirksparteitag möge beschließen

2  
3 Der § 219 a des Strafgesetzbuches soll gestrichen werden. Werbung und die  
4 Bereitstellung von Informationen zu Schwangerschaftsabbrüchen selbst, über die  
5 verschiedenen Methoden, deren Risiken sowie die medizinischen und gesetzlichen  
6 Voraussetzungen eines solchen Eingriffs von Ärzt\*innen, medizinischen  
7 Gemeinschaftspraxen und Kliniken etc. können auf den von ihnen betriebenen  
8 Internetauftritten und öffentlich einsehbaren Leistungsbeschreibungen der Ärzt\*innen zur  
9 Verfügung gestellt werden.

## 10 11 **Begründung**

12 Das Amtsgericht Gießen erließ am 24.11.2017 (507 Ds 501 Js 15031/15) ein  
13 aufsehenerregendes Urteil gegen eine Allgemeinmedizinerin, die auf ihrer Webseite  
14 über Schwangerschaftsabbrüche informierte. Sie führt in ihrer Praxis selbst Abbrüche  
15 durch und beschrieb die verschiedenen Methoden sowie deren Risiken. Die Ärztin wurde zu  
16 einer Geldstrafe verurteilt und darf diese Informationen zukünftig nicht mehr auf ihrer  
17 Webseite veröffentlichen.

18 Die Kammer stellte dabei in Absatz 28 der Urteilsbegründung klar:

19 „Selbst eine aufklärende Information erfüllt den Tatbestand des § 219 a, wenn das  
20 Anbieten mit der Leistung verknüpft ist. Dabei ist es entgegen der amtlichen Überschrift  
21 des § 219 a StGB nicht notwendig, dass diese Informationen einen besonderen  
22 werbenden Charakter besitzen.“

23 Durch diese Rechtsprechung ist es unmöglich, dass niedergelassene Ärzt\*innen,  
24 Gemeinschaftspraxen und Kliniken über diese Leistung informieren, oder sie ins  
25 allgemein öffentliche Leistungsverzeichnis, als Teil einer Auflistung, einzutragen.

26 Die bisherige Praxis sieht vor, dass Frauen, die einen Abbruch der Schwangerschaft  
27 erwägen, ein Beratungsgespräch bei einer staatlich anerkannten Beratungsstelle  
28 wahrnehmen müssen. Während dieses Beratungsgesprächs werden den Frauen  
29 Adressen mit niedergelassenen Ärzt\*innen, Kliniken etc., die eine solche Maßnahme  
30 durchführen, zur Verfügung gestellt. Bei den durchführenden Praxen und  
31 Krankenhäusern können sich die Frauen erst vor Ort bei einem Termin informieren, nicht  
32 aber schon im Vorfeld auf deren Internetpräsenzen.

33 Eine Änderung des Gesetzes soll es möglich machen, dass approbierte Mediziner\*innen  
34 und Kliniken auf ihre Leistungen hinweisen und über diese auch in aufklärerischer Weise  
35 informieren dürfen.

36  
37  
38 Angenommen:

39 Abgelehnt:

40 Überwiesen an:



MV  
am 12.11.2018

# SPD Duisburg

<b>ANTRAG</b>	<b>A 3</b>
<b>ANTRAGSTELLER</b>	OV Rheinhausen-Mitte, OV Bergheim, OV Rumeln-Kaldenhausen, OV Friemersheim, Bezirksverband Rheinhausen
<b>ADRESSAT</b>	SPD Bundestagsparteitag, SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Europaabgeordnete
<b>BETREFF</b>	<b>Verhinderung der Privatisierung der Trinkwasserversorgung durch internationale Abkommen wie JEFTA (Japan-EU Free Trade Agreement)</b>

1 Der Unterbezirksparteitag möge beschließen

2  
3 Die Ratifizierung des von Seiten der EU mit Japan ausgehandelte  
4 Freihandelsabkommens JEFTA ist abzulehnen, wenn nicht gänzlich ausgeschlossen  
5 werden kann, dass damit eine Privatisierung oder Deregulierung der  
6 Trinkwasserversorgung verbunden ist.

7  
8 Darüber hinaus ist auf nationaler und möglichst auch auf europäischer Ebene gesetzliche  
9 Vorsorge zu treffen, Trinkwasser als elementares Lebensmittel der öffentlichen  
10 Daseinsvorsorge vorzubehalten und somit dem Markt bzw. privatwirtschaftlichem Handel  
11 zu entziehen.

12  
13 **Begründung:**

14  
15 Der Zugang zu sauberem Trinkwasser ist für jeden Menschen von existenzieller  
16 Bedeutung. In vielen Teilen der Welt ist bereits der Kampf – auch mit kriegerischen  
17 Mitteln – um die entsprechenden Ressourcen entbrannt. Selbst in Ländern, wo Wasser  
18 ohnehin ein knappes Gut ist, wird die Situation noch durch global tätige Großkonzerne  
19 verschärft, die die Armut dieser Länder ausnutzen und dort Wassernutzungsrechte  
20 sichern. Dieses wird dann in Plastikflaschen abgefüllt und international vertrieben,  
21 während die Bevölkerung keinen Zugang mehr zu diesem Wasser hat oder durch  
22 entsprechende Preise zunehmend von der Nutzung des eigenen Wassers  
23 ausgeschlossen wird. Und all dies, obwohl die Generalversammlung der Vereinten  
24 Nationen am 28. Juli 2010 mit der Resolution 64/292 das Recht auf Wasser als  
25 Menschenrecht anerkannt hat.

26  
27 Aber nicht nur diese zutiefst perfiden Marktstrategien fernab von Europa verdeutlichen,  
28 was geschehen kann, wenn die Trinkwasserversorgung privatisiert wird. Dies kann auch  
29 in Portugal oder Griechenland (wo man die Vergabe von Krediten an entsprechende  
30 Forderungen geknüpft hat) besichtigt oder anhand der Beispiele London und Berlin  
31 gezeigt werden. In London wurde 1989 die Wasserversorgung privatisiert; der RWE-  
32 Konzern stieg 1999 ein und verkaufte das alte Wassernetz aus der viktorianischen Zeit  
33 2006 weiter. In London erhöhte man zwar ab den 90er-Jahren die Wassergebühren;  
34 Modernisierungen und Reparaturen der Rohre blieben aber aus, weshalb es zu  
35 Verunreinigungen des Trinkwassers kam. Zudem sickert viel Wasser durch die maroden  
36 Leitungen in den Boden ab. In Berlin sind die Wasserpreise für Verbraucher nach der  
37 Privatisierung um 35 % gestiegen. In einigen Städten Portugals und Griechenlands  
38 müssen die Bürgerinnen und Bürger mittlerweile schon fast 20% ihres Einkommens für

39 die Trinkwasserversorgung bezahlen.

40  
41 Unabhängig von diesen beschriebenen Verwerfungen gilt: Sauberes Trinkwasser ist DAS  
42 elementare Grundnahrungsmittel aller Menschen und keine Handelsware. Die  
43 Wasserversorgung ist daher im Rahmen der Daseinsvorsorge durch die öffentlichen  
44 Hände sicherzustellen und nicht dem Markt bzw. privatwirtschaftlichem Gewinnstreben  
45 zu überlassen. Sie ist daher explizit von Liberalisierung und Privatisierung auszunehmen.  
46 Dies scheint zwar in der Bundesrepublik weitgehend gewährleistet, ist aber dennoch  
47 gegen die permanenten Bemühungen von Konzernen und Investoren nachhaltig durch  
48 entsprechende Gesetze abzusichern – auf nationaler, wie auf europäischer Ebene. Auch  
49 den Ansätzen, die Wasserversorgung gewissermaßen über die Hintertür, wie z.B. durch  
50 internationale Handelsabkommen, zu privatisieren, ist ein Riegel vorzuschieben.

51  
52 Sollte also nicht transparent und eindeutig erkennbar sein, dass JEFTA, das  
53 Handelsabkommen der EU mit Japan, klare Regelungen enthält, die eine Privatisierung  
54 oder Deregulierung der Trinkwasserversorgung ausschließen, ist eine Ratifizierung  
55 abzulehnen. Zudem ist darauf zu achten, dass das Vorsorgeprinzip der EU eingehalten  
56 wird: Schäden für unsere Gesundheit und unsere Umwelt müssen von Anfang an  
57 berücksichtigt werden – nicht erst, wenn es zu spät ist.

58  
59  
60  
61  
62  
63  
64  
65  
66  
67  
68  
69  
70  
71  
72  
73  
74  
75  
76  
77  
78  
79  
80  
81  
82  
83  
84  
85  
86  
87  
88  
89  
90

Angenommen:  
Abgelehnt:  
Überwiesen an:



MV  
am 12.11.2018

# SPD Duisburg

<b>ANTRAG</b>	<b>A 4</b>
<b>ANTRAGSTELLER</b>	Juso UB
<b>ADRESSAT</b>	Bundesparteitag. Parallel: Offener Brief an den Bundesparteivorstand
<b>BETREFF</b>	<b>Aufkündigung der GroKo</b>

1 Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:

2  
3 Parteivorstand und Bundestagsfraktion werden aufgefordert den Koalitionsvertrag  
4 zwischen CDU, CSU und unserer Partei unverzüglich zu kündigen.

5  
6 **Begründung:**

7  
8 Der (noch) Verfassungsschutzpräsident Hans-Georg Maaßen hat das Fass zum  
9 Überlaufen gebracht!

10  
11 Jedwede Konfliktlinien in der Koalition sind medial zu Gunsten von CDU und CSU  
12 ausgegangen.

13  
14 Es ist höchste Zeit wieder Rückgrat zu zeigen und das Gesicht zu wahren.  
15 Das kann in der Konsequenz nur das Verlassen der Koalition bedeuten.

16  
17 Last uns mit erhobenen Hauptes diese Politik des minimalen sozialdemokratischen  
18 Einflusses beenden und bei den Menschen um die wirklich wichtigen und geforderten  
19 Themen kämpfen.

20 Ob in einer Minderheitenregierung oder in der Opposition. Auch dürfen wir Neuwahlen  
21 nicht scheuen und müssen hierfür ein konsequentes Mitte-linkes Bündnis eintreten.

22  
23  
24  
25  
26  
27  
28  
29  
30  
31  
32  
33  
34  
35  
36  
37  
38  
39  
40

Angenommen:  
Abgelehnt:  
Überwiesen an:



MV  
am 12.11.2018

# SPD Duisburg

<b>ANTRAG</b>	<b>A 5</b>
<b>ANTRAGSTELLER</b>	Juso UB
<b>ADRESSAT</b>	SPD Landesparteitag, UB-Parteitag
<b>BETREFF</b>	Lehrer-Schüler Quote an Schulen

1 Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:  
2  
3

4 Die Jungsozialistinnen und Jungsozialisten (Jusos) Duisburg fordern eine verbindliche  
5 Lehrer\*innen-Schüler\*innen Quote in Höhe einer Lehrkraft zu maximal zehn  
6 Schüler\*innen. Eine Umsetzung muss bis spätestens 2028 erfolgen. Parallel erfolgt ein  
7 entsprechender Ausbau der Raumkapazitäten sowie die vermehrte Ausbildung des  
8 Lehrpersonals  
9

## 10 **Begründung:**

11

12 In Schulen herrscht der Grundsatz der Gleichheit. Damit jedes Kind die gleichen  
13 Bildungschancen hat benötigt es mehr individuelle Förderung jedes einzelnen Kindes.  
14 Um dieses Ziel zu erreichen und die aktuelle Situation zu verbessern, muss die  
15 Klassengröße von derzeit durchschnittlich 25 auf zehn Schüler\*innen gesenkt werden.  
16 Schulen müssen einen Bildungsleuchtturm darstellen, in dem Schüler\*innen in Freiheit  
17 und Gleichheit gerne lernen und genügend Aufmerksamkeit bekommen.  
18  
19  
20  
21  
22  
23  
24  
25  
26  
27  
28  
29  
30  
31  
32

33  
34 Angenommen:  
35 Abgelehnt:  
36 Überwiesen an:



MV  
am 12.11.2018

# SPD Duisburg

<b>ANTRAG</b>	<b>A 6</b>
<b>ANTRAGSTELLER</b>	Juso UB
<b>ADRESSAT</b>	SPD Parteitag Duisburg, NRWSPD Parteitag
<b>BETREFF</b>	Wegwerfverbot von Lebensmittel

1 Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:  
2  
3

4 Die Jungsozialistinnen und Jungsozialisten (Jusos) Duisburg fordern ein gesetzliches  
5 Verbot der Entsorgung von Lebensmitteln. Dieses Gesetz soll sich ausdrücklich am  
6 französischen Gesetz orientieren.  
7

8 **Begründung:**  
9

10 Wir fordern konkret, dass unverkaufte Ware gespendet, als Tiernahrung genutzt oder als  
11 Kompost für die Landwirtschaft verwendet werden soll. Supermärkte werden verpflichtet,  
12 ein Abkommen mit einer karitativen Organisation für Lebensmittelspenden zu schließen.  
13 In der Schule soll zudem Unterricht gegen die Verschwendung von Lebensmitteln in den  
14 Lehrplan aufgenommen werden.  
15

16 In Deutschland werden rund ein Viertel aller Lebensmittel weggeworfen, obwohl sie zum  
17 Teil genießbar sind. Weltweit hungern Menschen, auch in Deutschland! Es kann nicht  
18 sein, dass Lebensmittel weggeworfen werden und nicht sinnvoll genutzt werden. Dazu  
19 sind sie zu wertvoll.  
20

21  
22  
23  
24  
25  
26  
27  
28  
29  
30  
31  
32  
33  
34  
35

Angenommen:  
Abgelehnt:  
Überwiesen an:



MV  
am 12.11.2018

# SPD Duisburg

<b>ANTRAG</b>	<b>A 7</b>
<b>ANTRAGSTELLER</b>	Juso UB
<b>ADRESSAT</b>	SPD Parteitag Duisburg
<b>BETREFF</b>	Kostenfreies Mittagessen an Schulen

1 Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:

2  
3 Die Jungsozialistinnen und Jungsozialisten (Jusos) Duisburg fordern kostenfreie  
4 Mittagessen für alle Schülerinnen und Schüler an Schulen und Kindertagesstätten. Dies  
5 soll in Anlehnung an das schwedische bzw. finnische Prinzip geschehen, bei dem  
6 regelmäßige Kontrollen und hoch angesetzte Standards eine hohe Qualität  
7 gewährleisten. Des Weiteren wird die Erweiterung der Mensadichte gefordert, damit jede  
8 Schule eine Mensa hat und Mittagessen anbieten kann.

9

10 **Begründung:**

11

12 Erfolgt mündlich

13

14

15

16

17

18

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28 Angenommen:

29 Abgelehnt:

30 Überwiesen an:



MV  
am 12.11.2018

# SPD Duisburg

<b>ANTRAG</b>	<b>A 8</b>
<b>ANTRAGSTELLER</b>	OV Friemersheim
<b>ADRESSAT</b>	SPD Ratsfraktion Duisburg, SPD UB-Duisburg, SPD Landtagsfraktion NRW, SPD Landesparteitag NRW, SPD Bundestagsfraktion, SPD Bundesparteitag, Europaabgeordnete
<b>BETREFF</b>	„Arbeiterstrich“

1 Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:  
2

3

4

5 ***Abschaffung und Verbot von „Arbeiterstrichen“***

6

7 **Begründung:**

8 Es ist unfassbar, dass es in der Bundesrepublik Deutschland „Arbeiterstriche“ gibt und  
9 sich Firmen dieser Leute bedienen! Dadurch haben wir blühende Schwarzarbeit und eine  
10 legale Sklaverei der Scheinselbstständigen – bislang unbehelligt, mitten in unserem  
11 Land. U. a. sind es sogar einheimischen Migranten, die die Neu-Migranten mit  
12 Wuchermieten und vorenthaltenen Lohnzahlungen ausbeuten. Dieses Problem ist kein  
13 vorübergehendes Phänomen. Aussitzen ist der falsche Weg, zumal die Neu-Migranten  
14 bleiben werden! Dem muss entsprechend entgegen gewirkt werden.

15

16

17

18

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

Angenommen:

Abgelehnt:

Überwiesen an:



MV  
am 12.11.2018

# SPD Duisburg

<b>ANTRAG</b>	<b>A 9</b>
<b>ANTRAGSTELLER</b>	OV Friemersheim
<b>ADRESSAT</b>	SPD Landtagsfraktion NRW, SPD Landesparteitag NRW, SPD Bundestagsfraktion, SPD Bundesparteitag, Europaabgeordnete
<b>BETREFF</b>	Lkw Vergehen

1 Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:  
2  
3

4 Stärkere bzw. höherer Bestrafung von Lkw Vergehen u. a. durch eine zeitlich begrenzte  
5 „Bußgeld-Kralle“  
6

7 **Begründung:**

8 Der Lkw-Verkehr wird sich in naher Zukunft weiter verdichten und schon heute halten  
9 sich nicht alle Lkw-Fahrer an die Verkehrsverbote in unserem Land. Besonders die  
10 Fahrer aus den östlichen Ländern halten sich nicht an die Verbote. Sie wissen genau,  
11 dass sie diesbezüglich kaum Kontrollen befürchten müssen (wie z.B. bei innerstädtische  
12 Verbote). Außerdem sind die Vergehen „nur“ Ordnungswidrigkeiten und die verhängten  
13 Strafen fallen kaum ins Gewicht! Da die Fahrer „Opfer und Täter“ zugleich sind, müssen  
14 hier endlich mal die Speditionen mehr „zur Kasse“ gebeten werden. So wird es  
15 besonders den Spediteur treffen wenn der Lkw bei einem Vergehen zeitlich mit einer  
16 „Bußgeld-Kralle“ versehen wird. Das Nachbarland Belgien arbeitet schon mit dieser  
17 Methode erfolgreich.

18  
19  
20  
21  
22  
23  
24  
25  
26  
27  
28  
29  
30  
31  
32  
33

34 Angenommen:  
35 Abgelehnt:  
36 Überwiesen an:



MV  
am 12.11.2018

# SPD Duisburg

<b>ANTRAG</b>	<b>A 10</b>
<b>ANTRAGSTELLER</b>	SPD Ortsverein Rumeln-Kaldenhausen
<b>ADRESSAT</b>	SPD Ratsfraktion
<b>BETREFF</b>	Audio- und Video-Mitschnitte der Sitzungen

1 Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:  
2

3 Die SPD-Mandatsträger\*innen im Rat und der BV mögen durch entsprechende Anträge  
4 folgendes ermöglichen: Für die Bürger\*innen sollen kurzfristig die Audio-Mitschnitte der  
5 öffentlichen Sitzungen gespeichert und an gleicher Stelle wie die öffentlich einsehbaren  
6 Protokolle verfügbar gemacht werden. Im Laufe des kommenden Jahres 2019 sollen  
7 sowohl Audio- als auch Video-Mitschnitte live per Stream und im Archiv verfügbar  
8 gemacht werden.  
9

10

11

## **Begründung:**

12 Um aktiv immer wieder falschen Gerüchten zuvor zu kommen, sollen die Bürger\*innen  
13 die Möglichkeit bekommen, direkt die Sitzungen verfolgen zu können und sich eine  
14 unabhängige Meinung abseits von Presse- und Social Media-Berichten zu bilden. Dabei  
15 sollen die tatsächlichen oder gefühlten Gräben zu Mandatsträger\*innen eingeebnet  
16 werden durch die audiovisuelle Beobachtungsmöglichkeit. Unsere Demokratie soll mit  
17 dem technischen Fortschritt mithalten und auch dem Alltag der Bürger\*innen  
18 entsprechen, die beispielsweise aus beruflichen oder familiären Gründen die Sitzungen  
19 nicht vor Ort verfolgen können. Als Vorbild sollen die Städte Essen und Köln dienen, die  
20 bereits seit Jahren ihre Sitzungen speichern und übertragen.  
21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

Angenommen:

37

Abgelehnt:

38

Überwiesen an:



MV  
am 12.11.2018

# SPD Duisburg

<b>ANTRAG</b>	<b>R 1</b>
<b>ANTRAGSTELLER</b>	Jusos UB
<b>ADRESSAT</b>	UB Mitgliederversammlung
<b>BETREFF</b>	Wider dem Antiziganismus

## Wider dem Antiziganismus in Duisburg

„Sie kommen nicht wegen der Arbeit, sondern um Sozialleistungen zu beziehen“; mit dieser Aussage provozierte der Duisburger Oberbürgermeister im diesjährigen Sommerloch eine Debatte um scheinbar unrechtmäßigen Kindergeldbezug durch Sinti und Roma in Duisburg. Die Nachbar\*innen dieser Familien fühlten sich nach Meinung des Oberbürgermeisters durch Müllberge, Lärm und Rattenbefall gestört. Sollen sie doch zurück nach Rumänien gehen, heißt es dann vielerorts in Duisburg. Der Zentralrat der Sinti und Roma reagierte entsprechend und warf dem Oberbürgermeister Rassismus vor. Wohlwissend, dass nicht die Roma und Sinti das Problem sind, schürt der Oberbürgermeister weiter Vorurteile und hält so den Antiziganismus am Leben.

## Zur Geschichte der „Zigeuner“ in Deutschland

Dabei ignoriert der Oberbürgermeister die Geschichte, die mit den Sinti und Roma in Deutschland verbunden ist: Im dritten Reich wurden Sinti und Roma als „das dem deutschen Volkstum fremde Zigeunervolk“ bezeichnet. Um die Fortpflanzung zu verhindern wurden „Zigeuner“ zwangssterilisiert. Ehen zwischen Deutschen und „Zigeunern“ wurden untersagt. In Köln und im Ruhrgebiet wurde damit begonnen, „Zigeuner“ in umzäunten und bewachten Lagern am Rand der Städte zu konzentrieren. Im Zusammenhang mit der „Endlösung der Judenfrage“ wurde 1942 entschieden, die in Deutschland lebenden ca. 30.000 „Zigeuner“ nach Auschwitz deportieren zu lassen. Davon überlebte lediglich ein Zehntel.

Auch nach dem Krieg und dem Dritten Reich wurde das Leben für die Sinti und Roma in Deutschland nicht einfacher: Der Bezug auf antiziganistische Vorurteile durch deutsche Behörden nach 1945, diente der Abwehr von Entschädigungsansprüchen für die nationalsozialistische Verfolgung. Die Kommunen verfolgten schon damals die Absicht, möglichst wenig Mittel zur Entschädigung aufzuwenden und wollten Sinti und Roma so schnell wie möglich wieder loswerden. In Baden-Württemberg hieß es 1950 in einem Erlass: Die „Zigeuner“ wurden nicht aus rassistischen Gründen, sondern vielmehr wegen ihrer asozialen und kriminellen Haltung im dritten Reich inhaftiert.

## Antiziganismus

Das Wort „Zigeuner“ ist eine diskriminierende Bezeichnung, die von den Angehörigen der betroffenen Gruppen auch entsprechend empfunden wird. Die Mehrzahl der Menschen, die mit dem Wort „Zigeuner“ bezeichnet werden, zählt sich selbst zur Gruppe der Sinti und Roma. Weil aber die Stereotype und Sinngehalte des Antiziganismus nur sehr indirekt etwas mit Sinti und Roma zu tun haben, vielmehr aber mit der Vorstellungswelt der Mehrheitsbevölkerung, wird von Antiziganismus gesprochen und nicht von „Rassismus gegen Sinti und Roma“.

41 Auch die Bundeszentrale für politische Bildung schreibt, dass Sinti und Roma in  
42 Deutschland eine unbeliebte Volksgruppe seien. Und weiter: „Von unheimlichen und  
43 verdächtigen Menschen ist auf der einen Seite die Rede, (...), die bettelnd in den  
44 Fußgängerzonen sitzen, von stehlenden Kindern oder Menschen, die angeblich auf  
45 anderer Leute Kosten leben.“ Obwohl Sinti und Roma schon seit vielen Jahren sesshaft  
46 geworden sind und nur selten wirklich viel gereist sind, existiert das Vorurteil der  
47 „Wohnwagengezeuner“ weiter.

48  
49 Als Sozialdemokrat\*innen wissen wir, warum Vorurteile so gefährlich sind: sie münden  
50 häufig in soziale Interaktionen und Praktiken, die vor dem Hintergrund eines Vorurteils  
51 ausgeübt werden und für die Betroffenen massive Einschränkungen ihrer  
52 Lebenschancen und häufig schwerste Schäden an Hab und Gut, an Leib und Leben  
53 bedeuten. Dies zeigt auch der Brandanschlag auf ein Haus einer deutschen Sintifamilie  
54 in Sachsen im Jahre 2009.

55  
56 Das Leben Rumänien und Bulgarien  
57 Die Situation ist für Sinti und Roma in Rumänien oder Bulgarien viel schlechter als in  
58 Deutschland. Auch dort beherrschen Diskriminierung und Vorurteile die Debatte um das  
59 Leben mit Sinti und Roma. Von vielen werden Roma in Rumänien noch immer als  
60 Sklaven betrachtet, obwohl ihre Befreiung bereits Mitte des 19. Jahrhunderts stattfand.  
61 Es gibt kaum eine Stadt oder ein Dorf, in dem die Roma nicht isoliert leben und ständig  
62 Angst haben müssen vertrieben zu werden. Auch strukturelle Benachteiligung spielt in  
63 Rumänien eine große Rolle: So sind die Schulen in Romavierteln in der Regel schlecht  
64 ausgestattet, in einem katastrophalen baulichen Zustand und mit gering qualifiziertem  
65 Lehrpersonal ausgestattet; gilt es doch als Strafe an eine Romaschule versetzt zu  
66 werden. Daher ist es nicht verwunderlich, dass der Analphabetismus rapide zunimmt und  
67 viele junge Menschen keine Chance auf dem Arbeitsmarkt haben.

68  
69 Unser Bekenntnis  
70 Gerade Deutschland und allen voran die Sozialdemokratie  
71 müssen sich mit dem Antiziganismus immer vor dem  
72 Hintergrund des nationalsozialistischen Genozids befassen.  
73 Daher muss sich die SPD Duisburg von den Aussagen des  
74 Oberbürgermeisters in Bezug auf Sinti und Roma  
75 distanzieren und sich zu den Sinti und Roma als Teil unserer  
76 Stadt bekennen. Weiter ist es wichtig, eine entsprechende  
77 Veranstaltungsreihe zur Situation der „Zigeuner“ vor,  
78 während und nach der NS-Zeit und zum Leben der  
79 „Zigeuner“ in Duisburg durchzuführen

80  
81  
82  
83  
84  
85  
86  
87  
88 Angenommen:  
89 Abgelehnt:  
90 Überwiesen an: